



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/186

Bonn, den 13. August 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Wahlordnung für Kanzler-Neuwahlen bereit	S. 1
Telegramme für Stalin am laufenden Band	S. 3
Koalitionskrise - ein altes Lied	S. 4
Stalin verlor in Berlin eine Schlacht	S. 6
Fazit einer Nachwahl	S. 7

Bundeskanzlerwahl und Geschäftsordnung

Von H.G. Ritzel, M.d.B.
Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Geschäftsordnung und Immunität

In der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags hat es bisher an Bestimmungen gefehlt, die die Wahlmaßnahmen anlässlich der Wahl eines Bundeskanzlers regeln. Dieser Mangel leitet sich aus der Tatsache ab, daß der Deutsche Bundestag bei seinem Zusammentritt eine vorläufige Geschäftsordnung annahm, die im wesentlichen der Geschäftsordnung des früheren Deutschen Reichstags der Weimarer Zeit nachgebildet war. Nach der Weimarer Verfassung wurde ein Reichskanzler vom Reichstag auf Vorschlag aus seiner Mitte gewählt. Er bedurfte des Vertrauens einer Mehrheit des Parlaments und stürzte, sobald diese Mehrheit nicht mehr vorhanden war. Das Bonner Grundgesetz hat hinsichtlich der Wahl eines Bundeskanzlers neue Wege eingeschlagen, aber es wurde in der vorläufigen Geschäftsordnung des Bundestags übersehen, in Ausführung des Artikels 63 des Grundgesetzes entsprechende geschäftsordnungsmäßige Bestimmungen einzuarbeiten. Die bevorstehende Neufassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags soll diesen Schaden heilen.

Da das Grundgesetz gerade für die Wahl des Bundeskanzlers ziemlich eingehende Bestimmungen enthält, die im Rahmen der Geschäftsordnung des Parlaments unbedingt beachtet werden müssen,

ist die Aufgabe in diesem Zusammenhang verhältnismäßig einfach. Trotzdem ist es notwendig, die Wahltechnik mit dem Grundgesetz geschäftsordnungsmäßig abzustimmen. Die Wahl eines Bundeskanzlers kann nach dem Grundgesetz in drei Varianten erfolgen. Zunächst ist es das Recht des Bundespräsidenten, dem Bundestag einen Kanzlerkandidaten zu präsentieren. Wird der von dem Bundespräsidenten vorgeschlagene nicht gewählt, dann können aus der Mitte des Bundestags Vorschläge gemacht werden. Über diese Vorschläge muß innerhalb von 14 Tagen nach dem ersten ergebnislosen Wahlakt durch Abstimmung entschieden werden. In jedem Falle muß der vorgeschlagene die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigen. Ein Schulbeispiel hierfür war die seinerzeitige Wahl Adenauers zum Bundeskanzler. Der Bundestag zählt 402 stimmberechtigte Mitglieder. Die absolute Mehrheit hieraus sind 202 - einer mehr als die Hälfte. Der heutige Bundeskanzler erreichte genau 202 und war somit gewählt. Erreicht weder der Kandidat des Bundespräsidenten noch ein vom Bundestag selbst vorgeschlagener die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Bundestages, dann findet nach Ablauf der oben erwähnten Frist von 14 Tagen unverzüglich ein neuer Wahlgang statt und dann ist gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. (Relatives Mehr).

Um zu verhindern, daß der demokratische Gedanke gerade bei der Wahl des Bundeskanzlers durch unsinnige Kandidatenvorschläge in Mißkredit gebracht wird, sieht die neue Geschäftsordnung vor, daß Wahlvorschläge aus der Mitte des Bundestages der Unterstützung von 100 Abgeordneten bedürfen. Man wird ohne weiteres annehmen dürfen, daß entsprechend starke Fraktionen, wie z.B. die SPD, diesen Nachweis erbringen, wenn sie die übliche Formulierung für einen Fraktionsantrag oder Vorschlag wählen ("Ollenhauer und Fraktion").

Da nach dem Grundgesetz, abweichend von der Regelung nach der Weimarer Verfassung, ein Bundeskanzler nur durch das sog. konstruktive Mißtrauen gestürzt werden kann, d.h. nur durch die Wahl eines anderen Kandidaten, tritt sehr viel seltener als früher ein Wechsel in der Person des Kanzlers ein. In der deutschen Parlamentsgeschichte hat sich der Fall eines solchen konstruktiven Mißtrauens bisher nicht ereignet. Umso wichtiger ist es, durch die neue Geschäftsordnung die Bestimmungen und den technischen Ablauf der Wahl eines neuen Bundeskanzlers und des Kanzlers überhaupt soweit als möglich zu regeln.

Der Stalin - Kult

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die Welt erinnert sich noch an die kolossale Huldigungsaktion, welche die Kommunisten vor bald zwei Jahren zu Stalins 70. Geburtstag in allen Ländern durchführten. Sie übertraf damals alle Gipfel der Geschmacklosigkeit und gestaltete sich zu einem ungeheuerlichen Götzendienst für den "Vater der Völker" im Kreml. Weniger bekannt dürfte im Ausland die höchst groteske Tatsache sein, daß diese Huldigungsaktion vom 21. Dezember 1949 noch immer nicht abgeschlossen ist.

Die gesamte Sowjetpresse begann sofort nach dem 70. Geburtstag Stalins täglich unter der stereotypen Überschrift: "Der Strom der Begrüßungen" auf zwei Spalten die Namen der Organisationen und Behörden zu veröffentlichen, welche den "genialen Führer der Partei und des Sowjetstaates" telegraphisch begrüßt hatten. Dieses langweilige und scheinbar nur von wenigen gelesene Begrüßungsverzeichnis wurde von der gesamten Sowjetpresse während des ganzen folgenden Jahres 1950 täglich weiter gedruckt. Man fragte sich, ob denn die Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees wenigstens vor dem 71. Geburtstag des Sowjetherrschers die Veröffentlichung der alten Begrüßungen nicht beenden wird? Dies geschah jedoch nicht: Joseph Stalin wurde am 21. Dezember 1950 ein Jahr älter, aber die Telegramme vom Dezember 1949 wurden noch immer in den sowjetischen Zeitungen publiziert!

Nicht genug damit. Die alten Telegramme wurden auch im Laufe dieses Jahres weiter gedruckt. Ich habe vor mir die zentralen Zeitungen von Moskau vom Juli und August 1951. Da findet man noch heute auf der zweiten Seite der "Prawda" oder "Izwestija" die alte zwispaltige Überschrift "Der Strom der Begrüßungen", die noch immer mit denselben Einleitungsworten beginnt: "Anlässlich des siebenzigsten Geburtstages des Genossen J.V. Stalin haben Begrüßungen mit herzlichsten Wünschen für gute Gesundheit und langes Leben gesandt..." Dann folgt eine lange Liste von Parteikomitees, Organisationen, Kolchosen, lokalen Sowjets, verschiedenen Behörden, Fabriken, Truppenteilen, Studenten und Schülern, die alle vor etwa zwanzig Monaten dem

"großen Stalin" zu seinem siebzigsten Geburtstag gratuliert hatten. Das Verzeichnis dieser, bald zwei Jahre alten, Begrüßungen endet aber immer noch mit den vielversprechenden Worten: "Fortsetzung folgt".

Gerade diese Tatsachen kennzeichnen am besten den Umfang des vom kommunistischen Propaganda-Apparat systematisch entwickelten Stalin-Kults. Hat man einmal auf Befehl "von oben" mit der Publizierung der Begrüßungen für den sowjetischen Diktator begonnen, so darf man sie nicht mehr einstellen und muß damit jahrelang fortfahren. Natürlich könnte Stalin selbst das lächerliche und stupide einer solchen Servilität einsehen. Ein Wort von ihm würde genügen, um die Veröffentlichung sofort abzubrechen. Aber dieses Wort kommt von Stalin nicht. Das bedeutet, daß er diesen Byzantinismus und Servilismus wünscht. Dieser Kult nämlich soll Ausdruck für die bedingungslose Unterwerfung und die blinde Anbetung des allmächtigen und allwissenden Diktators sein. Für die freien Menschen des Westens aber ist gerade die menschenunwürdige Anbetung Stalins einer der stärksten Beweise für die totale Unfreiheit in der Sowjetunion und ein wichtiges Argument für die Ablehnung der kommunistischen Propaganda-

+ + +

Wieder einmal: "Ernstes Koalitionslage"

Das Geöllen der Koalitionspartner nur eine Demonstration

(sp) Niemand in Bonn nimmt es noch sehr ernst, wenn in Zeiten der Abwesenheit Dr. Adenauers FDP und DP warnen, drohen oder von ernstesten Koalitionslagen und ähnlichen Dingen sprechen, wie es dieser Tage wieder Blücher und Mühlenfeld in der Frage der Beziehungen zwischen Regierung und DGB taten. So hat auch der Bundeskanzler, der vom luftigen Bürgerstock aus seine private Kabinettpolitik betreibt keinen Grund wirklich besorgt zu sein. Er weiß, daß es bei der FDP nur Temperament oder Ehrgeiz ist, wenn wieder einmal so getan wird, als wolle man eine Fronde bilden und daß es nur natürlich ist, wenn sich die Deutsche Partei solchen Demonstrationen anschließt. Schließlich müssen ja FDP und DP von Zeit zu Zeit bei ihren Wählern den Eindruck erwecken, als läge ihre Rolle in der Regierung Adenauer nicht nur darin, ihr im Bundestag ihre Stimmen zur Verfügung zu stellen.

Darum auch das letzte Telegramm des Vizekanzlers, der sich gegenwärtig überhaupt in Protesten gegen solche Ereignisse zu gefallen scheint, an deren Ursachen er und seine Partei durchaus beteiligt sind.

Wenn der Bundeskanzler in Kürze von seiner Sommerresidenz zurückgekehrt sein wird, wird er - daran zweifelt kaum jemand - die großen Partner schon wieder in einem Gespräch irgendwo an den Ufern des Rheins, mit dem Blick auf den Petersberg, beruhigen können. Oder er wird, wenn das nicht mehr ziehen sollte, mit erhobenem Zeigefinger in die Richtung der Friedrich Ebert-Allée weisen und von der auf eine Koalitionskrise wartenden Opposition sprechen; sogleich werden mit der CDU auch FDP und DP so etwas wie eine ungeschriebene Resolution fassen: Herr Bundeskanzler ordnen Sie an, wir folgen. Was zählen in einer programmlosen Koalition, die kaum mehr als eine taktische Einheit ist, und die nur von der Furcht vor dem politischen Gegner zusammengehalten wird, schon grundsätzliche Fragen? Davon spricht man bestenfalls in Zeiten der Wahlkämpfe. Der einzige gemeinsame Nenner, auf den man sich in der praktischen Regierungsarbeit zu einigen pflegt, heißt doch Adenauer. Für ihn besteht die Zusammenarbeit des Kabinetts in der Bestätigung seines Kurses und er konnte das seinen Partnern nicht deutlicher machen, als durch sein Regiment vom Bürgerstock aus. Seine demonstrierenden Partner wissen das im Grunde auch, aber sie glauben offenbar, die Ankündigung ernstest Koalitionslagen würden in der Öffentlichkeit doch Eindruck machen.

(Wir bitten auf diese Stellungnahme zurückzugreifen, wenn der Fraktionsvorsitzende der FDP, Martin Euler, nach seiner Rückkehr aus den Ferien die erste Pressekonferenz in Bonn gehalten hat und es während der bevorstehenden Englandreise des Kanzlers zu der übernächsten Ankündigung einer ernstest Koalitionslage kommt).

+ + +

S i e g d e r F r e i h e i t

eb.-Berlin, 13.8.51

Die Freiheit hat eine große Schlacht gewonnen: Das freie Berlin hat die kommunistischen Weltspiele zu einem Erfolg der freien Welt gemacht. Trotz Überwachung und Kontrollen in allen Verkehrsmitteln und Absperrungen der Sektorengrenzen gelingt es täglich zehntausenden Jugendlichen nach Westberlin zu kommen. Die Verbitterung über unterschiedliche Verpflegung, schlechte Unterbringung wächst ständig.

Steht man in Berlin auf dem Alexanderplatz, so glaubt man eher in Moskau, Leningrad oder Kiew zu sein. Riesige Plakate mit den Köpfen Stalins und Lenins und Spruchbänder in russischer Sprache machen den Eindruck vollkommen. Nichts haben die kommunistischen Propagandisten unversucht gelassen, um aus ihrem Weltfriedensrummel einen Erfolg zu machen. Angefangen von der Freundschaftsmütze für 3,75 M-Ost oder dem bunten Weltfriedenshalstuch für 10,-M-Ost in den HO-Läden bis zur Sonderbriefmarke mit Sonderstempel werden alle bewährten Register totalitärer Propaganda gezogen. Stundenlang marschierten diese Kinder unter dauerndem Händegeklatsche durch die Straßen Ostberlins und ließen immer wieder nach einigen hundert Metern den Friedenfreund Josef Stalin hochleben. Wurden sie müde, dröhnten ihnen die Lautsprecher in die Ohren, zur Abwechslung einmal "Jugendvater Wilhelm Pieck" hochleben zu lassen. Das alles mit ernststen, abgespannten, ausdruckslosen Gesichtern. Das Spalier der Zuschauer war dünn und meist sehr stark von Blauhemden durchsetzt. Die Berliner sind zu Hause geblieben.

Umso erstaunlicher ist es, die Aufgeschlossenheit der selben Jugendlichen für alle angesprochenen politischen Fragen bei ihren Besuchen in Westberlin zu erleben. Der Berliner der Westsektoren, und vor allem ist die Jugend hierbei eifrig am Werk, schlägt in diesen Tagen Broschen in die Auffassung dieser jungen Menschen, vom Westen vergessen zu sein. Gleichzeitig zeigen diese Gespräche, welchen Aufgaben Westdeutschland sich dem Osten gegenüber sieht. Auf jeden Fall gilt es, Berlin als Vorposten der Freiheit mit allen Mitteln stark zu machen, damit es seine Mission als Fels der Wahrheit gegenüber der kommunistischen Verlogenheit erfüllen kann. Immer wieder hört man Sätze wie diesen: Wir wollen gerne weiter hungern, wenn wir hoffen können, auch eines Tages in eurer Freiheit leben zu dürfen.

Symptomatisches Ergebnis

Zum sozialdemokratischen Landtagswahlsieg im Wahlkreis III (Dortmund) schreibt die "Westfälische Rundschau"-Dortmund:

Der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, der Bergmann Richard Ey, wurde am letzten Sonntag mit eindeutiger Mehrheit als Abgeordneter in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt. Über die Hälfte aller Wähler stimmten für ihn und bekannten sich damit zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts.

Die CDU hatte noch einen Tag vor der Wahl in ihrer Presse dazu aufgerufen, für die Arbeit der Bundesregierung zu stimmen und damit ihre Politik zu rechtfertigen. Der Wähler hat aus den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre, aus der Erkenntnis, daß diese Politik unerträgliche Belastungen für jeden einzelnen mit sich brachte, ein klares "Nein" gesagt.

Die schweren Erschütterungen des sozialen Gefüges, die durch fortlaufende Preissteigerungen gerade bei den Grundlebensmitteln ihren Ausdruck finden, haben ein Ausmaß erreicht, das eine wirkliche Bedrohung der nicht begüterten Schichten des Volkes mit sich bringt. Die Verhältnisse sind nicht allein auf die Ereignisse in der internationalen Politik zurückzuführen, sondern in einer Unfähigkeit der Bundesregierung zu suchen, die sich den notwendigsten Bedürfnissen der Bevölkerung verschließt, weil sie an einer Politik festhalten will, die sich überlobt hat. Daran können politische Klugheit und selbst guter Wille nichts ändern, denn die Situation bleibt ausweglos verfahren, solange man mit alten Grundsätzen die Probleme einer neuen Zeit lösen will.

Die Dortmunder Teilwahl hat, wie mehrere Nachwahlen im Bundesgebiet, bestätigt, daß auch auf der Bundesebene eine Wahl notwendig geworden ist, weil das Vertrauen der Bevölkerung zur gegenwärtigen Politik erschüttert ist und weil der Wähler erkannt hat, daß die Maßstäbe unserer Zeit nicht mehr jene sind, die vor Jahrzehnten einmal Gültigkeit hatten.

Verantwortlich: Peter Raunau